

Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot
Band: 237 (1964)
Rubrik: Weltchronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 26.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltchronik

(Vom 1. Juni 1962 bis 31. Mai 1963)

Ein Blick zurück auf die abgelaufenen zwölf Monate zeigt uns als wohl hervorstechendstes Ereignis das, was sich in einem Wort unter dem Begriff Kubakrise zusammenfassen läßt. Was war damals vorgefallen?

Seit der Machtübernahme durch den bärtigen Rebellen Fidel Castro im Jahre 1960 war es immer deutlicher geworden, daß Kuba im Fahrwasser der Regierung der Sowjetunion segelte. Das neue Regime brachte es durch seine undiplomatische und allen Vorstellungen von Recht und Gerechtigkeit ins Gesicht schlagende Haltung bald einmal fertig, den Westen davon zu überzeugen, daß in Kuba der Teufel mit dem Beelzebub ausgetrieben worden war. Immer klarer wurde die Hinnahme Castros zur Sowjetunion, die natürlich alles unternahm, um sich seine Regierung gefügig zu machen. Ein Blick auf die Weltkarte zeigt sofort, warum die Sowjets ein dermaßen großes Interesse an Kuba haben: Kuba bildet für sie einen Vorposten, eine höchst willkommene Basis für jede Aktion gegen das amerikanische Festland. Was die Vereinigten Staaten durch ihre U-Boote mit Polarisraketen nach und nach aufgeben können, nämlich Stützpunkte für ihre Flugwaffe möglichst nahe am Gegner, das muß sich Rußland heute um jeden Preis beschaffen. Es ging darum nicht lange, bis sich ein Strom russischer Techniker und russischen Materials, russischer Waffen und russischer Raketen nach Kuba zu ergießen begann. In fieberhafter Eile wurden Stützpunkte erbaut und unter- und oberirdische Raketenabschußrampen installiert, als gelte es morgen schon in den Krieg zu ziehen. Das wurde nun Präsident Kennedy doch zu bunt. Am 23. Oktober gab er der Welt bekannt, die Russen betrieben in Kuba mehr oder weniger getarnt das Offensivkriegsgeschäft. Gestützt auf einen Beschluß des amerikanischen Repräsentantenhauses und des Senates vom 26. September, eine eventuelle Besetzung Kubas durch eine außeramerikanische Macht mit Waffengewalt zu verhindern, sperrte er die Seewege von und nach Kuba durch seine Flotte und seine Luftwaffe. Er ließ keinen Zweifel darüber offen, daß ein Angriff kubanischer Kräfte

gegen seine Schiffe mit einem Angriff der Sowjets gleichzusetzen sei; mit andern Worten, daß ein solcher Angriff für die USA einen Grund zur Auslösung eines neuen Krieges darstelle. Gleichzeitig forderte er die Einberufung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen.

In diesem Ton hatte schon lange niemand mehr mit den Russen gesprochen. Einen Moment lang hielt die Welt den Atem an vor dieser Herausforderung, gespannt auf die Weiterentwicklung der Lage, im Zweifel, ob sich wiederholen werde, was 1939 geschehen war, hin- und hergerissen zwischen der Furcht vor einer neuen Weltkatastrophe und der fast trohigen Bejahung einer mutigen Tat des amerikanischen Präsidenten. Zwei Tage hielt die Spannung unverändert an, bis sich Chruschtschow herabließ, vorläufig teilweise einzulassen und bekanntzugeben, er stelle die Waffenlieferungen nach Kuba ein. Richtiger- und erfreulicherweise gab sich Kennedy damit nicht zufrieden und ließ seine Schiffe, wo sie waren. Einige russische Waffentransporter drehten daraufhin ab und fuhren nach Rußland zurück, während andere Schiffe von den amerikanischen Streitkräften durchsucht und nach Feststellung ihrer harmlosen Ladung nach Kuba entlassen wurden. Ende Oktober erklärte sich Chruschtschow bereit, seine Waffentransporter zurückzubeeordern und die Raketenbasen in Kuba zu demontieren, wobei er allerdings gerne noch ein Zugeständnis Kennedys eingehandelt hätte, nämlich den Verzicht auf die Raketenbasen der USA in der Türkei. Das lehnte Kennedy ab. Chruschtschow gab daraufhin den Befehl zum Abbau der Basen auf Kuba und schlug seinerseits eine Generalvereinbarung des ganzen Fragenkomplexes vor. Damit war Kennedy einverstanden, und am 8. Januar erklärten die USA und die Sowjetunion in einem gemeinsamen Schreiben an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, U Thant, sie hätten ein Einvernehmen über Kuba erzielt. Damit schloß offiziell die Kubakrise, die es angesichts ihrer Bedeutung für die ganze Welt verdient, hier etwas ausführlicher dargestellt zu werden.

*

Was lassen sich daraus für Lehren ziehen? Einmal sicher die Lehre, die schon immer von guten Kennern der russischen und kommunistischen Men-

talität vertreten wurde, daß die einzige Sprache, die die Sowjets verstehen, die Sprache der Macht und der Gewalt ist. Es ist müßig, darüber zu rätseln, ob mit der Sprache der Gewalt seitens des Westens der Ausbau der Berliner Schandmauer hätte verhindert werden können. Aber die Kubakrise gibt uns doch einen Fingerzeig in dieser Richtung. Nur absolut sicheres, klares und nicht einzuschüchterndes Auftreten mit allen seinen Risiken kann uns auch in Zukunft davor bewahren, daß der Osten Stück um Stück von der Wurst des Westens ungestraft abschneidet. – Ein Zweites: Sicher wäre es falsch, anzunehmen, der Fall Kuba sei endgültig erledigt. Es ist keineswegs bewiesen, daß alle Raketen hinausgeschafft und die Abschusseinrichtungen geschleift wurden. Es wäre ferner grundfalsch, aus der Lösung der Kubakrise herauszulesen, daß nun der Einfluß der Sowjetunion und des Kommunismus in Kuba gebrochen sei. Wie sehr sich im Gegenteil Chruschtschow bemüht, Castro erneut an sich zu fesseln, zeigt der glanzvolle Empfang mit den üblichen Verbrüderungsszenen, der im Mai 1963 für Fidel Castro in Moskau gegeben wurde. Ohne Gegenwehr läßt sich Chruschtschow den Knochen Castro nicht aus dem Maul reißen, denn verlöre er ihn, so würde er ihn entweder dem Westen oder, was für ihn noch fast schlimmer wäre, Rotchina überlassen müssen.

Auf die Schweiz hatte die Kubakrise eine direkte und recht interessante Auswirkung: In den kritischen Tagen wurden die Schweizer Hausfrauen von einer Welle des Hamsterns erfaßt, und es gab

manchen Lebensmittelladen, der innerhalb von zwei bis drei Tagen vollständig ausverkauft war. Hier zeigte sich deutlich, daß die Appelle des Delegierten für Kriegsvorsorge, in möglichst jeder Haushaltung größere Vorräte an Lebensmitteln zu halten, nicht überall befolgt worden sind. Ein

Ansturm auf die Lebensmittelgeschäfte, wie wir ihn in diesen Tagen in der Schweiz erlebt haben, könnte im Ernstfall zu schweren Störungen in der Landesversorgung führen.

*

Auf dem Gebiete der Raketen- und der Raumfahrt ist die Welt im abgelaufenen Jahr wieder einen Schritt weiter gekommen. (Wozu eigentlich?) Den Russen und Amerikanern gelangen verschiedene bemannte Raumflüge. Am längsten unterwegs befanden sich dabei die Russen Nikolajew und Popowitsch im August 1962, umkreisten sie doch die Erde in ihren Raumkapseln 64- bzw. 48mal. Aber auch die Amerikaner hatten Erfolge zu verzeichnen: Walter Schirra, dessen Familie übrigens



Willy Spühler,
Bundespräsident für das Jahr 1963
Photopress, Zürich

aus dem Tessin stammt („womit sich auch die Schweiz erfolgreich ins Raumfahrtprogramm eingeschaltet hat“ werden Viertischstrategen dazu sagen), gelangen sechs Umkreisungen. Noch erfolgreicher verlief der Versuch Gordon Coopers, dem der vorgesehene Flug mit 22 Weltumkreisungen im Mai 1963 genau nach Plan gelang. Er legte in 34 Stunden nahezu eine Million Kilometer zurück, was einer Durchschnittsgeschwindigkeit von ca. 28 000 km/h entspricht. – Ein weiteres Wunderwerk der Technik war die von den Russen in

Richtung Mars abgeschossene unbemannte Kapsel, die sich heute noch unterwegs befindet; hier gelang es, eine Radioverbindung auf Millionen von Kilometern aufrechtzuerhalten. Der von den Amerikanern abgeschossene Nachrichtensatellit Telstar aber bedeutete eine wahre Sensation und erst noch eine brauchbare. Es gelang nämlich, Radio- und Fernsehübertragungen auf der ganzen Erde via diesen Satelliten über Distanzen laufen zu lassen, die man früher nur mit größtem technischem Aufwand überbrücken konnte. Hier liegt ein Anwendungsgebiet der Eroberung des Weltraums, das sinnvoll sein kann. Das schweizerische Fernsehen beteiligte sich übrigens ebenfalls an den Sendungen nach der ganzen Welt via Telstar, und zwar am 23. Juli 1962 mit einer Reportage aus dem europäischen Kernforschungszentrum in Genf-Meyrin, dem CERN.

*

Unser Nachbarland Deutschland hat ein bewegtes Jahr hinter sich, und zwar in erster Linie bewegt wegen seiner Innenpolitik. Verschiedene leidige Affären wie die sogenannte Spiegelaffäre (Verrat militärischer Geheimnisse, Mißbrauch der Pressefreiheit und ungeschickte Bekämpfung dieses Mißbrauches seitens der Regierung) oder die Tibagaffäre (reichlich unklare Bestechungsgeschichte im Bundesverteidigungsministerium) trugen nicht zur Beliebtheit der Regierung bei. Vor allem bekam



Der Föhnsturm vom 7. November 1962 wütete namentlich im Berner Oberland wie kaum je ein anderer zuvor. Ganze Wälder fielen dem Orkan zum Opfer, und viele Häuser wurden in Mitleidenschaft gezogen. Unser Bild zeigt das neu erbaute Schulhaus von Grindelwald, dessen ganzes Dach mit samt dem Dachstuhl vom Wind weggetragen wurde.

Photopress, Zürich



Ein weiteres Bild aus den Tagen nach dem Föhnsturm im Berner Oberland: Ein vom Wind buchstäblich entzweigerissener Heuschuber.

Photopress, Zürich

das der Verteidigungsminister R. J. Strauß zu spüren, der unter dem Druck der Ereignisse zurücktreten mußte und durch den bisherigen Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Kai Uwe von Hassel, ersetzt wurde. Aber auch das Prestige Adenauers und das seiner Partei, der Christlichdemokratischen Union, erwies sich nach all diesen Affären als angeschlagen. Stimmenrückgänge bei den Wahlen in den einzelnen Ländern waren die eine Folge, die andere, daß Adenauer in seinem 87. Lebensjahr nun endlich sich bequemen mußte, seinen Rücktritt auf September 1963 anzukündigen. Als Nachfolger wurde nach längeren Verhandlungen innerhalb der Partei der Vater des deutschen Wirtschaftswunders, Erhard, bestimmt. – Wenn auch die günstige Wirtschaftslage weiterhin andauerte, so zeigten sich doch gewisse Zeichen einer Normalisierung, eines Rückgangs der Überkonjunktur. So ist es vor allem der ständige Anstieg der Löhne und der Preise, der der Regierung, genau wie bei uns, zu schaffen macht. Im Mai kam es zu größeren Streiks der Metallarbeiter in Württemberg, die von den Arbeitgebern sofort mit Aussperrungen beantwortet wurden. Nach tagelangem Hin und Her konnten sich schließlich die beiden Parteien in einem Kompromiß finden; beide Teile, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, erreichten nicht das, was sie eigentlich hatten erreichen wollen, und rückblickend mußten sich wohl beide eingestehen, daß der geschlossene Kompromiß wohl schon vorher, vor dem enorme Kosten verursachenden Streik mit gutem Willen möglich gewesen wäre.

*

In Frankreich war es vor allem die Liquidation der Algerienfrage, die die Gemüter bewegte. Frankreich mußte sich definitiv mit dem Verlust Algeriens abgeben. Weit aus die meisten Siedler französischen Ursprungs in Algerien entschlossen sich, das Land zu verlassen und wieder nach dem Mutterland heimzukehren. Da auch in Frankreich die Wirtschaft in voller Blüte steht, gelang es nach einigen Anlaufschwierigkeiten eigentlich recht gut, diese Menschenmassen wieder in den Arbeitspro-



König Mwambutsa IV. von Burundi stattete im Dezember 1962 Bundesrat Chaudent einen offiziellen Besuch ab.

Photo W. Rydegger, Bern

zeß des Mutterlandes einzugliedern. Daneben betrieb de Gaulle nach wie vor eine Politik der Großmacht, liegt es ihm doch sehr daran, den etwas verblassten Ruhm Frankreichs wieder auf Hochglanz aufzupolieren. Das zeigt sich z.B. darin, daß er plant, auf einer französischen Insel in der Südsee eine Wasserstoffbombe zur Explosion zu bringen, ein Versuch, der technisch jeden Sinns entbehrt, da die Probleme der Wasserstoffbombe von den anderen Großmächten bereits gelöst worden sind. Es geht hier einzig darum, zu zeigen, daß auch Frankreich aus eigenen Kräften imstande ist, eine solche Vernichtungswaffe zu schaffen. – Auch auf dem

Gebiete der Großraumpolitik Frankreichs liegt die betonte Verbrüderung mit Deutschland. Sie zeigte sich insbesondere im Besuch Adenauers in Paris im Juli 1962, der im September von de Gaulle in Deutschland erwidert wurde. Wer die Geschichte der französisch-deutschen Beziehungen in den letzten Jahrzehnten etwas verfolgt hat, kann sich nicht eines leisen Zweifels darüber erwehren, ob diese Verbrüderung von Dauer sein wird. Sie fand mit dem Abschluß eines Freundschaftsvertrages im Frühjahr 1963, der allerdings noch der Ratifizierung bedarf, ihre Krönung.

Nicht alle Franzosen sind aber mit der Politik de Gaulles einverstanden. So kam es Ende August

1962 zu einem Attentat auf sein Leben, das aber glücklicherweise abgeschlagen werden konnte. De Gaulle ist sich vollständig darüber klar, daß es zum großen Teil seiner kraftvollen Persönlichkeit zu verdanken ist, wenn Frankreich heute in den Zustand einer gewissen Ruhe und in eine Aufbau-phase eingetreten ist. Um zu verhindern, daß nach seinem Tod oder seinem Rücktritt das Parteiengezänk um die Wahl einer beschlußfähigen Regierung erneut losgeht, ließ er im Oktober das Volk darüber entscheiden, ob in Zukunft der Staatspräsident in direkter Volkswahl erkoren werden sollte. 62 % der Stimmberechtigten sprachen sich für diese direkte Volkswahl aus und leisteten de Gaulle somit Gefolgschaft.

*

Der Vormarsch Afrikas, der afrikanischen Länder, hat auch im vergangenen Jahr angehalten. So wurde, wie schon erwähnt, Algerien selbständig. Der Bundesrat anerkannte im Juni 1962 den neuen Staat. Aber auch im Kongo scheint das Chaos langsam zu verschwinden und einer stabileren Ordnung Platz zu machen. Katanga mit seinem Führer Moïse Tschombe hat sich nach langen Kämpfen unter dem Druck der UNO zum Beitritt zum Kongo entschlossen; ob die von der UNO in dieser Sache eingenommene Haltung die richtige war, scheint allerdings etwas fraglich. Die Krönung der Entwicklung in Afrika aber war die Genehmigung der Charta der afrikanischen Staaten Ende Mai 1963 in Addis Abeba. 31 afrikanische Staaten haben sich hier zur „Organisation für die Einheit Afrikas“ zusammengeschlossen. Sie erstreckt sich über den ganzen Kontinent, mit Ausnahme der Südafrikanischen Union und von Togo. Die Südafrikanische Union ist wegen ihrer extremen Rassenpolitik in der Organisation vorläufig keineswegs erwünscht; Togo soll später beitreten. Die Organisation hat die Verstärkung der Einheit der afrikanischen Staaten, die Ausrottung des Kolonialismus, die Verteidigung der Souveränität und die Begünstigung der internationalen Zusammenarbeit zum Zweck. Ob die innerlich noch



Die Inphusepidemie in Zermatt
Ein Helikopter transportiert die am schwersten Erkrankten von Zermatt in die nächst erreichbaren Spitäler.

Photopress, Zürich

keineswegs gefestigten einzelnen Staaten Afrikas schon heute in der Lage sind, eine solche großräumige Organisation durchzuhalten, scheint im Augenblick noch sehr zweifelhaft. Aber immer deutlicher bestätigt sich, was sich schon vor einigen Jahren abzuzeichnen begann: Afrika ist auf dem besten Wege zu einer Macht im Kräftespiel der Welt zu werden, die man kaum mehr sehr lange als quantité négligeable wird abtun können.

*

Was nun die Schweiz betrifft, so dürfen wir auch dieses Jahr wieder über ein Jahr der Prosperität, des zunehmenden Wohlstandes, berichten. Die Vollbeschäftigung hält nahezu unvermindert an, und die Haupt- sorge unserer Landesregierung war einmal mehr nicht die Arbeitsbeschaffung und die Unterstützung notleidender Arbeitsloser, sondern im Gegenteil die Frage, wie man die hier und dort überbordende Konjunktur eindämmen könnte. Der Gesamtbestand ausländischer Arbeitskräfte nahm immer noch zu; so waren es im August 1962, ohne die Ausländer mit Niederlassungsbewilligung, über 640 000 Menschen, die bei uns ihr Brot verdienen, fast 18 % mehr als im Vorjahr. Da auch in Italien, dem Land, wo die meisten ausländischen Arbeitskräfte in der Schweiz herkommen, Handel und Wandel blühten, wird es immer schwieriger, die nötigen Arbeitskräfte dort zu rekrutieren. Mit den zunehmenden Erschwernissen in der Personalbeschaffung sinkt aber auch die Qualität der Fremdarbeiter; Sprach- und Anpassungsschwierigkeiten machen sich bemerkbar. Schon werden allen Ernstes Forderungen gestellt, wie die Beteiligung der ausländischen Arbeitskräfte an unseren Wahlen und

Abstimmungen, eigene Schulen für die Kinder der Fremdarbeiter und anderes mehr. Neben Italien tritt als Hauptlieferland von Arbeitskräften immer mehr Spanien in den Vordergrund. Nun bereitet aber das Francoregime unserer Anwerbung Schwierigkeiten, wohl aus der Angst heraus, die aus dem Ausland zurückkehrenden Arbeiter seien vom Bazillus der Freiheit einerseits oder vom Bazillus des Kommunismus anderseits angesteckt. Aber auch Griechenland, die Türkei, Nordafrika und andere entlegene Länder entsenden heute Arbeiter in die Schweiz. Großfirmen sind darauf angewiesen, ihr leitendes Personal in Sprachkurse aller Art zu schicken, um die Verständigung mit den Fremdarbeitern zu ermöglichen; Haus- und Fabrikordnungen und andere interne Bekanntmachungen müssen in deutscher, italienischer, griechischer, spanischer und französischer Sprache herausgegeben werden.

Es darf aber auch nicht vergessen werden, was das Heer der Fremdarbeiter, ganz abgesehen von seiner Arbeitskraft, für die schweizerische Wirtschaft



Defilee des Infanterieregimentes 13
vor Bundesrat Chaudet und dem Kommandanten der 3. Division

Photo W. Rydegger, Bern

bedeutet. Gegen dreiviertel Millionen Menschen mehr brauchen Wohn- und Lebensraum, rauchen Zigaretten und Stumpen und exportieren große Mengen davon in ihr Heimatland, trinken Bier, aber auch Milch, fahren Auto oder Roller; mit andern Worten: Ein plötzlicher Wegfall dieser Menschenmasse würde nicht nur von der Produktion her gesehen die schweizerische Wirtschaft in ihren Grundfesten erschüttern, sondern er hätte auch beträchtliche Auswirkungen auf der Konsumenten-seite. Leerstehende Wohnungen, sinkende Umsätze in vielen Branchen wären die Folge.

*

Zum Zwecke der Konjunkturdämpfung hat der Bundesrat im Frühjahr 1963 beschlossen, nicht mehr Fremdarbeitern die Arbeit in der Schweiz zu gestatten als im Jahre 1962. Daneben wurde mit allerhand Appellen an die Vernunft von Arbeitgeber- und von Arbeitnehmerkreisen versucht, den Preisauftrieb zu verhindern. Maßhalten in baulichen Erweiterungen und Erneuerungen, maßhalten in den Lohnforderungen, maßhalten in den Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung, maßhalten in den Preiserhöhungen, das waren die eindringlichen Forderungen der Regierung. Von verschiedenen Seiten wird ihnen ein offenes Ohr geliehen, und manche Unternehmer, Verbände und Gewerkschaften bemühen sich ehrlich und redlich um dieses Maßhalten. Daneben Ausnahmen: Derselbe Bundesrat, der so eindringlich zum Maßhalten aufrief, beförderte auf Druck der Personalverbände die Handwerker in Bundesdiensten gleich um zwei Lohnklassen, ein Entscheid, der gewaltige Konsequenzen hatte. Die im März erlassene Verfügung betraf nämlich 75 000 Bedienstete, das sind fast genau zwei Drittel des gesamten im Bundesdienst stehenden Personals. Die Mehrkosten an Löhnen, die daraus entstehen, belaufen sich für das Jahr 1963 auf 35 Millionen Franken, für das Jahr 1964 auf 45 Millionen Franken und vom Jahr 1965 an auf 65 Millionen Franken. Damit hat es aber noch nicht sein Bewenden. Es kommen hier nämlich noch die Einlagen in die Pensionskasse des Bundes hinzu, da den erhöhten Löhnen später auch eine erhöhte Pension entsprechen sollte. An diese Erhöhungen der Pensionen haben Arbeitnehmer und Arbeitgeber bei-

zutragen. Der von der Eidgenossenschaft aus Bundesmitteln zu übernehmende Arbeitgeberbeitrag beläuft sich auf 61,5 Millionen Franken. So ist es denn nicht verwunderlich, daß sich der Bundesrat nach diesem Entscheid von mancher Seite sagen lassen mußte, er predige Wasser, aber trinke selber Wein. Ein noch krasserer Beispiel des Nichtmaßhaltens boten die Gipser in der Stadt Zürich, die nicht zufrieden waren mit der ihnen schon seit längerer Zeit zugestandenen 42-Stunden-Woche und den erheblichen Lohnerhöhungen und Erhöhungen von Sozialleistungen, die sie gekriegt hätten, sondern die 40-Stunden-Woche verlangten und dafür in einen Streik traten. Daß dieser Streik beim Schweizervolk auch nicht einen Funken von Sympathie oder Verständnis fand, ist durchaus begreiflich.

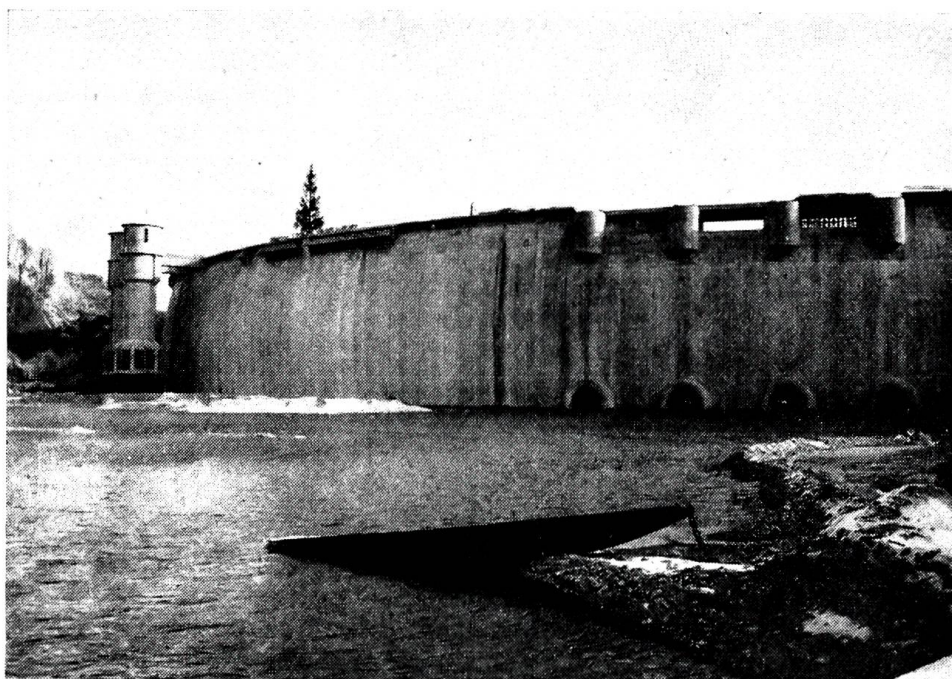
Der Kampf gegen die Hochkonjunktur, so paradox das klingt, geht weiter. Alles wird sich darum drehen, ob es uns gelingt, der unheilvollen Geldentwertung Herr zu werden und die Inflation zu bremsen. Lag der Landesindex der Konsumentenpreise im Januar 1962 noch bei 191,4 Punkten, so kletterte er bis Ende des Jahres auf 197,4, um Ende Mai 1963 den Stand von 200,7 zu erreichen. Das entspricht einer Teuerung von nahezu 5 % innerhalb von anderthalb Jahren. Erfreulich und zu beachten ist indessen, daß auch im abgelaufenen Jahr die Kaufkraft unseres Volkes, trotz der Teuerung, nochmals um weitere 3 % zugenommen hat. Dennoch haben wir allen Grund, nicht leichtfertig an der endlosen Lohn- und Preisschraube weiterzudrehen, weil uns eines Tages die Geldentwertung unkontrolliert davonlaufen könnte.

*

Dem Wetter muß in unserm Bericht diesmal besonders viel Platz eingeräumt werden, hatten wir doch Extreme zu verzeichnen wie schon lange nicht mehr. Der Sommer 1962 war außergewöhnlich trocken und warm, so trocken, daß in vielen Teilen des Mittellandes und der Westschweiz Dürreschäden eintraten. Am 7. November wütete in den Alpen ein Föhnsturm, wie seit Menschengedenken nicht mehr. Der Wald, der schon durch die großen Schneefälle vom 2. Januar 1962 stark gelitten hatte, war auch Hauptleidtragender dieser Naturkatastrophe. Namentlich im Berner Oberland, aber

auch in andern Gebieten wurden vom Föhn ganze Wälder niedergemäht. Mehrhundertjährige Tannen, die bis jetzt jedem Unwetter getrotzt hatten, wurden entwurzelt und gefällt. Wohl kann das Holz im Gegensatz zur Katastrophe vom 2. Januar 1962 größtenteils als Bauholz Verwendung finden, da relativ wenig Splitter Schäden auftraten. Aber es wird vielerorts Jahrzehnte dauern, bis die Schäden einigermaßen behoben sein werden. Eine ganze Generation von Landleuten und Förstern wird die betroffenen Waldungen nie mehr im Leben so sehen, wie sie sich vor dem 7. November dem

Beschauer dargeboten haben. – Auf diese Föhnkatastrophe folgte ein Winter, der seinesgleichen seit geraumer Zeit gesucht hat, lang, kalt, mit gewaltigen Schneemassen bis weit in den Frühling hinein. Das hatte seine Folgen: So gefror zum erstenmal seit 1929 der Zürichsee vollständig zu und bildete während Wochen ein ideales Eisfeld für die Bevölkerung. Wir bringen ein Bild davon auf Seite 76. Am 6. Februar war auch der Bodensee in seiner ganzen Ausdehnung zugefroren, und die Grenzkontrollen mußten teilweise auf den See verlegt werden. Daneben geriet das Verkehrsweisen in Unordnung. Schneeverwehungen und Kälte machten den SBB schwer zu schaffen, die Rheinschiffahrt war eingestellt, und das jetzt besonders dringend benötigte Heizöl konnte nur noch in ungenügenden Mengen aus dem Ausland beschafft werden. Der Bundesrat sah sich veranlaßt, wie in Zeiten des Kriegsnotstandes, einen Teil der Pflichtreserven der Heizölimporteure und Verbraucher freizugeben. Alles in allem war diese angespannte Lage ein eindrücklicher Beweis dafür,



Immer noch zu wenig Strom: Hier soll die neue Talsperre von Schiffenen an der Saane Abhilfe schaffen. Sie ist 370 m lang und 42 m hoch.

Photo J. Lörtscher, Bern

daß die von den Landesbehörden immer wieder gepredigte Schaffung von Brennstoffreserven sehr wohl notwendig ist. Neuerbaute Spitäler in der Westschweiz mußten die Kranken frieren lassen, weil beim Bau der Heizungsanlage aus Sorglosigkeit oder falscher Sparamkeit viel zu kleine Heizöltanks eingebaut worden waren, und vielerorts hatten Gemeinden mit der Heizung ihrer Schulhäuser aus denselben Gründen Schwierigkeiten. Ein Ausweichen auf elektrische Heizung erwies sich als völlig unmöglich, da der verfügbare Strom und die Wasserreserven unserer Elektrizitätswerke ohnehin nirgendsmehr hinreichten. Einschränkungen im Elektrizitätsverbrauch waren nötig wie während des letzten Krieges, und es fehlte nicht viel, so hätten die SBB ihren gesamten Fahrplan um einen vollen Viertel kürzen müssen. Deutlich kam einem dadurch zum Bewußtsein, wie abhängig wir in der Energieversorgung vom Ausland geworden sind. Was wir früher noch mit unseren Stromreserven glaubten bewältigen zu können, ist uns heute über den Kopf gewachsen. Ohne ge-



Bundesratswahl im September 1962

Aus der umstrittenen Wahl des Nachfolgers von Bundesrat Bourgniecht ging der Walliser Roger Bonvin, den wir hier bei der Eidesleistung zeigen, als Sieger hervor.

Photo W. Rydegger, Bern

waltige Importe an elektrischer Energie wären schwerste Schädigungen unserer Volkswirtschaft im vergangenen Winter nicht ausgeblieben. Es ist an der Zeit, daß wir uns tatkräftig hinter den Bau von Atomkraftwerken machen, die heute in den Vereinigten Staaten Strom schon billiger zu liefern imstande sind, als unsere neuerbauten und geplanten Wasserkraftwerke in den Alpen das tun können. Das Projekt eines Atomkraftwerkes in Lucens im Waadtland schreitet glücklicherweise kräftig voran, doch ist es eben nur ein Versuchskraftwerk, und es wird noch lange Jahre dauern, bis wir soweit sind, daß ein richtiges Atomkraft-

werk in Betrieb genommen werden kann. Inzwischen wird man sich mit den althergebrachten Energieträgern behelfen müssen, mit Kohle und Erdöl, aber auch mit Erdgas, das (wieder aus dem Ausland) in Rohrleitungen zu uns gebracht werden soll. In diesem Zusammenhang ist es von besonderem Interesse, daß aus dem Westschland, aus der Gegend von Yverdon, eine Meldung einging, wonach dort Erdöl gefunden worden sei. Ob sich die Ausbeute lohnt, wird sich erweisen müssen.

*

Die Zeit, über die der Chronist hier berichtet, war nicht reich an eidgenössischen Urnengängen. Bei einer Stimmbeteiligung von 34,5 % nahm am 4. November das Volk die neue Fassung des Art. 72 der Bundesverfassung an, die die Wahlgrundlagen des Nationalrates veränderte. Während bis jetzt die Anzahl der Nationalräte ausschließlich nach der Bevölkerungszahl der Kantone errechnet wurde (je 22 000 Einwohner gaben Anspruch auf einen Sitz) wird heute die Zahl der Nationalratssitze auf 200 festgelegt. Jeder Kanton und Halbkanton erhält vorweg einen Sitz zugeteilt, der Rest verteilt sich dann nach der Bevölkerungszahl. Die mit 330 761 Ja gegen 188 605 Nein beschlossene Änderung brachte dem Kanton Zürich drei, Baselland einen und Genf zwei neue Sitze ein, während Freiburg und Graubünden je einen verloren. Sechs Stände, nämlich Schwyz, Glarus, Freiburg, Graubünden, Thurgau und Tessin stimmten gegen die neue Fassung. – Umstrittener war die Vorlage des 24. Mai. Vor einem Jahr hat der Chronist über die sogenannte Atominitiative I berichten können, die Initiative, die es hat verunmöglichen wollen, der Schweizer Armee vorsorglich die besten und wirksamsten Waffen in die Hand zu geben, um ihr so zu ermöglichen, einen eventuellen Kampf mit gleichlangen Spießen wie der Gegner aufzunehmen. Die damals hoch geschlagenen Initianten fanden in bestimmten Kreisen der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz weitere Unterstützung. Mit einer neuen Initiative wollten sie den jeweiligen Entscheid über die Anschaffung von Atomwaffen dem obligatorischen Referendum unterstellen, diesen Entschluß also vom ganzen Volk fassen zu lassen. Das hätte eine Abänderung der seit 1907 in der Militärorganisa-

tion verankerten Regelung bedeutet, wonach solche Entschlüsse ausschließlich in die Kompetenz der Bundesversammlung fallen. Eine Annahme der Initiative hätte zu großen Schwierigkeiten geführt, da der umständliche Weg der Volksbefragung den Entscheid in unverantwortlicher Weise verzögert hätte, verzögert in einer Zeit, wo vielleicht Tage über Existenz oder Vernichtung der Eidgenossenschaft entscheiden werden. Ferner wäre es für den Bundesrat kaum möglich gewesen, dem Volk eine Botschaft zu unterbreiten, die einerseits genügend Details enthalten hätte, um dem Stimmbürger seine Entschlußfassung überhaupt zu ermöglichen, die aber anderseits nicht gegen die militärische Geheimhaltungspflicht verstoßen hätte. Jedenfalls wäre kaum ein ausländischer Lieferant von Atomwaffen bereit gewesen, uns solche zu beschaffen, wenn wir dann öffentlich ihre Wirksamkeit und ihre Konstruktion hätten bekanntgeben müssen. Erfreulicherweise wurde auch diese Initiative mit 450 500 Nein zu 273 360 Ja abgelehnt, bei $17\frac{1}{2}$ zu $4\frac{1}{2}$ Ständestimmen. Die Kantone Genf, Waadt, Neuenburg, Tessin und Basel-Stadt hätten die Initiative begrüßt, sicher nicht zuletzt zur großen Freude der Machthaber im Kreml.

Mit diesem Entscheid ist der Weg frei, um unsere Armee mit Atomwaffen auszurüsten, wenn das nötig werden sollte. Wir dürfen gewiß sein, daß niemand in der Landesregierung die Tragweite eines solchen Entschlusses verkennet, und daß die Regierung, wie wir alle, inständig hofft, es werde der schaurige Kelch des Atomkrieges an der ganzen Menschheit, nicht nur an unserem Volk vorübergehen.

*

Eine peinliche Geschichte muß noch erwähnt werden, die Typhusepidemie in Zermatt.

Wie ein Rückfall ins schwärzeste Mittelalter mutet es an, wenn in unserer Zeit, die „Hygiene“ und „Erhaltung der Gesundheit“ groß zu schreiben pflegt, in einem schweizerischen Kurort eine Typhusepidemie ausbrechen kann. Was in Zermatt geschehen ist, darf nicht nur den Zermatter Behörden in die Schuhe geschoben werden, wenn man weiß, mit welcher Sorglosigkeit, ja Fahrlässigkeit, heute in vielen Ferienorten das Problem der Abfallbeseitigung behandelt und wie in der ganzen Schweiz unserem kostbaren Trinkwasser mitgespielt wird. Da muß man es fast als Wunder bezeichnen, daß es erst jetzt zu den traurigen Ereignissen von Zermatt gekommen ist. Zwei Menschenleben kostete die bittere Erfahrung, daß wir nicht ungestraft so fortfahren können. Bau von Kläranlagen, Schutz des Trinkwassers und der Grundwasserströme, einwandfreie Kehrichtbeseitigung



Die Schweiz im Europarat

Der britische Lordsigelbewahrer Edward Heath gratuliert Bundesrat Wahlen. Im Hintergrund erkennt man alt Bundesrat Dr. Max Weber

Photopress, Zürich

sind Forderungen, die sich heute gebieterisch stellen, und die wir in unserem eigenen Interesse auch unter größten materiellen Opfern erfüllen müssen.

*

Nun noch ein Strauß von beachtlichen Einzelmeldungen aus dem Berichtsjahr. Im September wählte die Vereinigte Bundesversammlung den Nachfolger des schwererkrankten Bundesrates Bourgniecht. In heißumstrittener Wahl, die fünf Wahlgänge erforderte, wurde der Walliser Bonvin erkoren, was im Wallis Freudentaumel, im Tessin hingegen lange Gesichter zur Folge hatte. Wieder einmal ist der Tessin damit ohne Vertreter im Bundesrat. – Am 1. Januar trat das neue Straßenverkehrsgesetz in Kraft. Die ersten Erfahrungen damit sind recht ermutigend. Vor allem wollen wir hoffen, daß es nun gelingt, die erschreckend hohe Zahl von 1300 Menschen, die dem Verkehr im Jahre 1962 zum Opfer gefallen sind, zu senken. – 5,8 Millionen Quadratmeter unseres Bodens wurden im letzten Jahr für 220 Millionen Franken an Ausländer verkauft. Dem Chronist scheint das auch unter der Herrschaft des Bundesbeschlusses über die Bewilligungspflicht für den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland von 1961 immer noch reichlich viel zu sein, wenn man bedenkt, daß diese Fläche dem sechsten Teil des Kantons Basel-Stadt entspricht! – Schließlich noch eine Ehrenmeldung vom Eidgenössischen Feldschützen 1963, das erfreulicherweise endlich einmal über 200 000 Schützen in der Feuerlinie sah. Der ehemalige Schützenweltmeister Fritz Kuchen aus Winterthur erreichte mit dem Sturmgewehr ein Resultat von 79 Punkten. Dazu kommen noch 3 Punkte Veteranenzuschlag, total also 82 Punkte. Das wäre an sich noch nicht besonders erwähnenswert, obschon das geschossene Resultat 5 Punkte über dem Kranzresultat liegt. Erwähnenswert ist aber, daß Fritz Kuchen heute 86 Jahre zählt. Hier bewahrheitet sich einmal mehr das Sprichwort „jung gelernt, alt getan“.

*

Zum Schluß ein Blick auf das werdende Europa. Auch im Berichtsabschnitt bemühte sich die Schweiz sehr, zu zeigen, daß sie im kommenden Europa nicht eine verschämte Außenseiterrolle spielen will. Seit

Dezember 1961 laufen ja die Bemühungen um eine Verbindung zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, zur EWG. Der Vorsteher des Departementes des Äußern, Bundesrat Wahlen, hatte Ende September 1962 Gelegenheit, in Brüssel, dem Sitz der EWG, unsern Standpunkt in dieser Frage klarzulegen. Er tat es geschickt und eindringlich, bewies er doch, daß es sich bei der Schweiz wirklich um einen Sonderfall handelt. Unser Land sei heute schon sehr eng mit der EWG verflochten, so z. B. durch die gewaltige Zahl von Fremdarbeitern aus EWG-Staaten oder dadurch, daß 62 % unserer Einfuhr aus der EWG stammen und 42 % unserer Ausfuhr dorthin gehen. Es seien aber Eigenheiten zu beachten, die typisch schweizerisch sind: Die immerwährende Neutralität, an der auch die EWG ein Interesse haben sollte (wie oft schon ist in vergangenen Zeiten unser Land zum neutralen und unabhängigen Interessenvertreter fremder Mächte, die untereinander im Streit lagen, ernannt worden); die Unabhängigkeit unserer Gemeinden und Kantone, die dem Bund nur geben wollen, was des Bundes ist, aber nicht mehr; schließlich unsere direkte Demokratie. Es ist nun an der EWG, Stellung zu dem Beitrittsge such zu nehmen. – Auf der gleichen Linie der Mitarbeit am kommenden Europa lag der Beitritt der Schweiz zum Europarat in Straßburg, der im Mai 1963 erfolgte.

Der Chronist wird wohl schon im nächsten Bericht mehr über diese Fragen zu sagen haben, stehen wir doch an einer Wende unserer staatlichen Existenz. Unsere Behörden verdienen Dank und Anerkennung dafür, daß sie sich mit der Lösung dieser Frage Zeit lassen und nicht durch unüberlegte Schritte die in Jahrhunderten geprägte Eigenart unserer Eidgenossenschaft leichtfertig preisgeben.

In die Tiefe. Der junge Schriftsteller ging mit seinem Roman hausieren. Endlich ließ ihm ein Verleger zwar kein Geld, aber wenigstens sein Ohr. „Sie meinen“, sagte er wohlwollend zu dem jungen Dichter, „daß ihre Gedanken in diesem Roman besonders in die Tiefe gegangen seien?“ – „Das will ich meinen“, sagte der angehende Dichter stolz. „Der Roman spielt in einem Bergwerk.“